

An die Vorsitzende des
Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung
Frau Schuchalter-Eicke

Wiesbaden, 20. Juni 2017

Antrag der CDU-Rathausfraktion zu TOP I/5 „Integrationskonzept für geflüchtete Menschen in Wiesbaden; hier: weibliche Geflüchtete“ der Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung

Integrationskonzept für geflüchtete Menschen in Wiesbaden

Ein umfassendes Integrationskonzept für geflüchtete Menschen in Wiesbaden wurde mit breiter Bürgerbeteiligung sorgfältig und unter Berücksichtigung vieler Details entwickelt. Die nachfolgenden Anregungen sollten bei der Fortschreibung des Integrationskonzepts berücksichtigt werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. was er in den vergangenen drei Jahren unternommen hat, um sich ein Bild davon zu machen,
 - a) welches Wertefundament und Selbstverständnis Zugewanderte bzw. Menschen mit Migrationshintergrund haben;
 - b) welches Wertefundament und Selbstverständnis die Stadtgesellschaft insgesamt bzw. die städtische Mehrheitsgesellschaft hat;
2. welche Erkenntnisse ihm durch die Maßnahmen gemäß Beschlusspunkt 1 vorliegen, insbesondere im Hinblick darauf, was für die Menschen in Wiesbaden zur Identität oder Leitkultur gehört bzw. welche Wertegrundlage und welches Menschenbild die Bürgerinnen und Bürger in Wiesbaden haben (sowohl bezogen auf die Mehrheitsgesellschaft als auch auf Zugewanderte bzw. Menschen mit Migrationshintergrund);
3. welche Schlussfolgerungen er aus diesen Erkenntnissen gezogen hat bzw. noch zieht;
4. welche Rolle der Stabsstelle „Wiesbadener Identität - Engagement - Bürgerbeteiligung“ in diesem Gesamtkontext zukommt;
5. was er weiterhin beabsichtigt, um sich in Zukunft ein Bild vom Wertefundament und Selbstverständnis der Stadtgesellschaft insgesamt und der Zugewanderten bzw. Menschen mit Migrationshintergrund im Besonderen zu machen.

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen,

ob folgende – teils schon ehrenamtlich angebotenen – Kurse und Anregungen explizit verschriftlicht mit in das Konzept aufgenommen werden können:

- Sprachkurse
 - familienfreundliche Kurszeiten und Kinderbetreuung. *Für die Ausweitung der Kinderbetreuung während der Zeiten in denen Fördermaßnahmen stattfinden, stellt die Hessische Landesregierung 800.000 Euro zur Verfügung (Aktionsplan II, S.33).*
 - Entwicklung weiterführender Sprachlernangebote für Frauen zum Einstieg in den Beruf.
- Integrationslotsen / WIR-Programm:
 - Institutionen, wie beispielsweise das WIF anfragen, ob sie an themenspezifischen Ausschreibungen teilnehmen können. Gegebenenfalls sind zur Durchführung geeignete Räume zur Verfügung zu stellen. *Die Hessische Landesregierung fördert Modellvorhaben, die auf die Zielgruppe der geflüchteten Frauen, die bereits den Kommunen zugewiesen sind, zugeschnitten werden (Aktionsplan II, S.26).*
- Stärkung der Beratungsstruktur für traumatisierte Geflüchtete
 - Psychosoziale Beratung analog dem Modellprojekt „Step by Step“ in Wiesbaden verstärkt umsetzen.
 - Mit dem Modellprojekt „Step by Step“ in Darmstadt erhalten betroffene Frauen und Kinder psychosoziale Beratung, um ihren Alltag wieder zu meistern.¹ Außerdem sollen in ganz Hessen Angebote durch in diesem Bereich erfahrene Institute und Organisationen bereitgestellt werden (Aktionsplan II, S.9).*
- Unterbringung:
 - Bei der Unterbringung von Frauen und Mädchen sowie ihren Kindern verstärkt auf eine Unterbringung getrennt von allein reisenden (jungen) Männern achten. Falls keine separaten Gebäude zur Verfügung stehen, separate Stockwerke zur Unterbringung vorsehen. Frauenspezifische Rückzugsräume einrichten. Duschen und Toiletten geschlechterspezifisch trennen. Verschließbare Duschen und Toiletten vorsehen.
 - Circa 30 Prozent der Antragstellenden im Asylverfahren sind Frauen und Mädchen, sodass die Unterkünfte allein quantitativ von Männern dominiert werden. Die Privatsphäre ist aufgrund fehlender Einzelzimmer stark eingeschränkt.*
 - Ideal sind Unterkünfte für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge und damit auch u. a. für Frauen, die Opfer sexualisierter Gewalt sind. Diese Einrichtungen haben im Vergleich zu anderen Gemeinschaftsunterkünften einen höheren Personalschlüssel und ein qualifiziertes Unterstützungsangebot.*

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender

Aryo Bisso
Fraktionsreferent

¹ Die Einrichtung in Darmstadt, genannt das „Michaelis Dorf“, bietet den Geflüchteten Sicherheit und Schutz. Dem Gefühl der Entwurzelung, der Einsamkeit und der Unsicherheit wird aktiv entgegengewirkt. Dafür sind Alltagsstrukturen, Kontakt und Beziehungen untereinander entscheidend: Wie in einem Dorf soll ein erstes Gefühl der Gemeinschaft, eines ersten Ankommens und Aufgehobenseins entstehen, was sich, wie viele Studien zeigen, als entscheidend für die spätere Integrationsbereitschaft der Flüchtlinge auswirkt.